

„...fort mit der Reactionspolitik, fort mit dem inneren Bismarck“. ¹

Wilhelm Büchner und der Fortschrittsliberalismus in Hessen

Als Wilhelm Büchner 1877 von Hessen aus erstmals in die nationale Politik wechselte, befanden sich das Deutsche Reich und die liberale Bewegung im Umbruch. Die innere Ausgestaltung der 1871 neu geeinten Nation hatte aus Sicht der Liberalen verheißungsvoll begonnen, doch in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre erschütterten der Politikwechsel des Kanzlers und die Wirtschaftskrise die Liberalen in ihrem Selbstverständnis. Die Wirkungen waren nicht nur im konfliktgewohnten Preußen zu spüren, sondern reichten bis in die Länder. Im Großherzogtum Hessen konzentrierten sich die Hoffnungen vieler Bürger, die vom nationalliberalen Kurs der Hessischen Fortschrittspartei enttäuscht waren und der liberalen Bewegung neues Profil geben wollten, auf Ludwig und vor allem auf Wilhelm Büchner. Die Familie Büchner war – anders als heute – weniger durch den früh verstorbenen Autor Georg bekannt, sondern mehr durch seine jüngeren Brüder Ludwig, 1855 Verfasser des im Kaiserreich zum Bestseller avancierenden Materialismus-Werkes „Kraft und Stoff“, und den Fabrikanten Wilhelm, dem die Herstellung von künstlichem Ultramarin gelungen war. Die Produktion und der weltweite Vertrieb dieses beliebten Farbstoffs hatten ihn zum erfolgreichen mittelständischen Unternehmer gemacht. Auch die 1877 verstorbene Schwester Luise war als Frauenrechtlerin in bürgerlichen Kreisen ein Begriff.

Obwohl Wilhelm Büchner viele Jahrzehnte auf lokaler, regionaler und schließlich auch nationaler Ebene politisch tätig gewesen ist, wurde er bislang

1 Wilhelm Büchner, Rede am 10.7.1881. In: Frankfurter Journal Nr. 189 vom 11.7.1881, Abendblatt, S. 1, zitiert nach Manfred H.W. Köhler: Fortschritt, Demokratie und soziale Frage. Der hessische Abgeordnete Wilhelm Büchner im Reichstag (1877-1884). In: Matthias Gröbel u.a. (Hrsg.): „Fortschritt der Menschheit in der Entwicklung des Menschen“. Georg Büchners Geschwister in ihrem Jahrhundert, Darmstadt/Marburg 2012, S. 3-155, hier S. 111 f. Der folgende Beitrag ist die überarbeitete und ergänzte Fassung eines Vortrags bei der Jahrestagung der Georg Büchner Gesellschaft e.V. und des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt zum Thema „Revolution und Freiheit – Georg Büchner und seine Geschwister“ am 31.10.2013.

nur selten Gegenstand der Forschung.² Welche Rolle spielte der Reichstags-abgeordnete und Unternehmer in der liberalen Bewegung und welche politischen Traditionen prägten ihn? Wie wirkte sich Bismarcks nationaler Politikwechsel konkret auf die Liberalen außerhalb Preußens aus? Der Blick auf Büchners politisches Profil wirft ein schärferes Licht auf die Auseinandersetzungen im hessischen Liberalismus, die Ende der 1870er Jahre kulminierten und schließlich in die Spaltung der Hessischen Fortschrittspartei mündeten.³ Auf dieser Phase, in der Büchner mit der Kandidatur zum Reichstag sein öffentliches Engagement für die Liberalen noch einmal besonders verstärkte, liegt der Schwerpunkt des folgenden Beitrags.

I.

1878 berichtete Wilhelm Büchner dem Biographen Karl Emil Franzos über eine kleine politische Diskussion, die er mit seinem Bruder Georg mehr als vierzig Jahre zuvor, 1835, geführt habe: „Es wurde darüber debattiert“, so erinnerte sich Wilhelm, „ob es wünschenswerter sei und erfolgversprechender, gleich eine einheitliche Republik zu proklamieren, oder ob man nicht zuerst dahin streben müsse, zugunsten der Krone Preußens die anderen Dynastien zu beseitigen. Mein Bruder meinte damals, das gäbe doppelte Arbeit, und wollte von dem stationsweisen Vorgehen nichts wissen. – Er würde niemals Nationalliberaler geworden sein, so wenig wie ich es heute bin.“⁴

Diese vieldeutige Briefstelle, bei der dahingestellt bleiben kann, ob sich das Gespräch tatsächlich so ereignet hat, schrieb Büchner unter dem unmittelbaren Eindruck des innenpolitischen Kurswechsels, den Bismarck Ende der 1870er Jahre einleitete. Der Entwurf des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ – nach den beiden Attentaten auf Kaiser

- 2 Als biographischen Überblick s. Heiner Boehncke/Peter Brunner/Hans Sarkowicz: Die Büchners oder der Wunsch, die Welt zu verändern, Frankfurt a.M. 2008, S. 25-57; Eckhart G. Franz: Fabrikant und sozialer Demokrat. Wilhelm Büchner. In: Georg Büchner. 1813-1837 Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler. Ausstellung Mathildenhöhe, Katalog, Basel/Frankfurt a.M. 1987, S. 376-379; zu Büchners parlamentarischer Tätigkeit Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1). Ältere Studie: Anton Büchner: Die Familie Büchner. Georg Büchners Vorfahren, Eltern und Geschwister, Darmstadt 1963, S. 27-43.
- 3 Grundlegend zum hessischen Liberalismus im Kaiserreich Dan S. White: The Splintered Party. National Liberalism in Hessen and the Reich 1867-1918, Cambridge 1976; zur politischen Geschichte s. Eckhart G. Franz/Peter Fleck/Fritz Kallenberg: Großherzogtum Hessen (1800) 1806-1918. In: Walter Heinemeyer (Hrsg.): Handbuch der hessischen Geschichte Bd. 4.2.: Die hessischen Staaten bis 1945, Marburg 2003, S. 667-884, bes. S. 847-866.
- 4 Schreiben vom 9.9.1878. In: Georg Büchner. Werke und Briefe, hrsg. von Fritz Bergemann, Wiesbaden 1958, S. 566. Franzos bereitete eine Biographie über Georg Büchner vor. Zu Georg Büchners Ansichten über die Liberalen s. den Beitrag von Ewald Grothe: Büchners Feinde, oben S. 242-253.

Wilhelm I. zügig vom Reichskanzler ins Parlament eingebracht – sollte wenige Tage später in die erste Lesung gehen, an der auch Büchner beteiligt war. Im Frühjahr hatte Bismarck seine Wendung in der Steuer- und Finanzpolitik, darunter die Erhöhung der Tabaksteuer und das neue Tabakmonopol, proklamiert und sein Ziel offengelegt, das Reich finanziell unabhängiger von den Matrikularbeiträgen der Länder und der jährlichen Budgetbewilligung durch das Parlament zu machen. Hinzu kam später noch das soziale Engagement des Staates mit Unfall- und Krankenversicherungen zugunsten großer Teile der Industriearbeiterschaft. Den politischen Kern dieser Trias von staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft bildete – das hatten die Liberalen jeder Couleur verstanden – die Abkehr von den Nationalliberalen als informeller Regierungspartei und an deren Stelle das teilweise Zusammengehen mit den vormaligen „Reichsfeinden“, dem katholischen Zentrum. Auch für die Linksliberalen bedeutete dies eine mehr als spürbare Zäsur; sie werteten das Geschehen als Bestätigung der „rückschrittlichen“ Bewegung im Reich – als Triumph der „Reaction“, so das weit verbreitete Urteil der „entschiedenen Liberalen“.⁵

Die Liberalen schockierte Bismarcks Wende umso mehr, als sie sich nach einem politisch sehr erfolgreichen Jahrzehnt der Nationsbildung begründete Hoffnung auf mehr staatsbürgerliche Rechte und Mitbestimmung sowie eine weitere Parlamentarisierung des Reichs und seiner Einzelstaaten machen durften.⁶ Selbst für die Perspektive der oppositionellen Fortschrittspartei konnte dies gelten, hatte sie doch beispielsweise bei den Reichstagswahlen 1877 mit ihrer für die Nation „fruchtbringende[n] Tätigkeit“ in den vergangenen Jahren um Stimmen geworben, viele Gesetze würden die „Spuren der Arbeit und des Einflusses auch unserer Partei“ aufweisen.⁷

Auch bei Wilhelm Büchner finden sich Beispiele derart zukunftsgeisser Stimmung in den Jahren nach der Reichsgründung. Seine bei der Gedenkfeier für seinen Bruder Georg in Zürich 1875 vorgetragenen Verse intonierten den erreichten und noch zu erwartenden Fortschritt der Nation unmissverständlich:

„Ruh Du nun immer hier; ist’s auch in Deutschlands Gauen anders / Als zu der Zeit wo Du gelebt, die Freiheit birgt’s noch nicht / Die Du erstrebst, // doch auch Dein

- 5 Zur „inneren Reichsgründung“ vgl. im Einzelnen Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988, S. 164-180; Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung 1878-1893, Köln u.a. 2002, S. 177-295.
- 6 Wolther von Kieseritzky: Liberalisierung der Nation? Liberale Reformperspektiven und die innere Ausgestaltung des Nationalstaats in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 16 (2004), S. 115-140.
- 7 Wahlauftritt der Deutschen Fortschrittspartei vom 23.12.1876, in: Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Ein Beitrag zur Vaterländischen Geschichte mit einem Vorwort zur gegenwärtigen Kanzlerkrise. Berlin 1878, S. 223-225, hier S. 224.

Auge würde leuchten / Wenn Du den deutschen Geist jetzt säh'st / Wie mächtig
seine Schwingen sich entfalten, / Das Recht der Menschheit sich bewegt. / Der
Kampf um's Licht er hat begonnen, / Mög' er der ganzen Welt auch frommen.“⁸

Den Fortgang dieser Entwicklung sahen Liberale wie Büchner Ende der 1870er Jahre in Frage gestellt und durch das in ihren Augen kompromittierende Einverständnis der Nationalliberalen mit Bismarcks neuem Kurs verraten. Aus historischer Rückschau lässt sich allerdings sagen, dass die Sorge der Linksliberalen nur teilweise berechtigt war: Bismarck hat seine Ziele weitgehend verfehlt,⁹ was schon das Beispiel der erwähnten Sozialreform zeigt: Deren Gestalt etwa wurde durch den jahrelangen, öffentlichen und parlamentarischen Entscheidungs- und Diskussionsprozess bestimmt, am Ende stellte sie sich als ein Mixtum aus konservativ-autoritärer Regierungspolitik und den Vorstellungen der Liberalen und des Zentrums dar – im Ergebnis also ein Herrschaftskompromiss, weshalb Bismarck sich schließlich davon distanzierte. Auch in der Zoll- und Steuergesetzgebung setzte sich der Kanzler nur teilweise durch. Am größten war noch sein Erfolg, mit dem „Sozialistengesetz“ ein illiberales Gesetz unter partieller Zustimmung der darüber zerstrittenen Liberalen auf den Weg gebracht zu haben.

Sorge und Unruhe der Liberalen lassen sich auch aus der hessischen Perspektive nachvollziehen: Zum einen hatte die 1862 – ein Jahr nach der Entstehung der preußischen Deutschen Fortschrittspartei¹⁰ – gegründete Hessische Fortschrittspartei die Spaltung des preußischen Liberalismus von 1867 nicht mitvollzogen, sondern an der Einheit der liberalen Partei festgehalten. Zum anderen war der Liberalismus im Großherzogtum Hessen in den 1870er Jahren – stärker noch als im Reich – faktisch zur „regierenden Partei“ aufgestiegen, soweit es unter den verfassungsmäßig eingeschränkten Rechten des Parlaments möglich war.¹¹ Während nach Bismarcks „Bruderkrieg“ 1866 die eher auf Österreich orientierte öffentliche Stimmung in Hessen den Liberalen wenig gewogen war, entspannte sich die Situation erheblich angesichts der letztlich auch für das Großherzogtum vorteilhaften Ergebnisse des zweiten Krieges 1871: Bis Mitte der 1870er Jahre stellten die Liberalen etwa 80 Prozent der Abgeordneten im Landtag und hielten eine deutliche absolute Mehrheit noch bis Ende des Jahrhunderts – nicht zu Unrecht wurde vom „Paradies der

8 Wilhelm Büchner, Juni 1875, zit. nach Jan-Christoph Hauschild: Georg Büchner. Studien und neue Quellen zu Leben, Werk und Wirkung. Mit zwei unbekannten Büchner-Briefen, Königstein/Ts. 1985, S. 439 f. Diese erste zentrale Gedenkfeier für Georg Büchner fand anlässlich der Umbettung und Neuerrichtung der Grabstätte statt. Zu Hintergründen und Verlauf vgl. ebd., S. 427-442.

9 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt am Main u.a. 1980, S. 643ff.

10 Zur Gründung der ältesten deutschen Partei im modernen Sinne vgl. Christian Jansen: Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 24 (2012), S. 43-56.

11 Ausführlich dazu White, Splintered Party (wie Anm. 3), S. 37-83.

Liberalen“ gesprochen.¹² Die beginnende Kehrtwendung Bismarcks beim inneren Ausbau des Reiches verschärfte nun aber die latenten Konflikte zwischen den Flügeln der liberalen Partei in Hessen und führte auch hier nach 1878 zur Abspaltung. Diese Entwicklung begann auf der lokalen Ebene mit der Gründung eigener Wahlkomitees für Kandidaten, die sich vom dominierenden Nationalliberalismus abkehrten und zum Linksliberalismus bekannten; in einem zweiten Schritt entstanden lokale Vereine, die sich unmittelbar der Deutschen Fortschrittspartei zuordneten. Für deren Parteivorsitzenden Eugen Richter bildete Hessen in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre den Probelauf für die organisatorische Straffung und Ausrichtung der Partei auf die Berliner Zentrale. In dieser Gemengelage spielte Wilhelm Bücher eine wesentliche Rolle – seine erfolgreiche Kandidatur zum Reichstag 1877 und sein Sieg über den Kandidaten der alten Hessischen Fortschrittspartei gab dem Linksliberalismus die Initialzündung für die organisatorische und politische Verbreitung.¹³

II.

Über 35 Jahre, von 1848/49 bis 1884, engagierte sich Büchner in der Politik: als Stadtrat in der Selbstverwaltung seiner Kommune Pfungstadt, als Abgeordneter im Landtag des Großherzogtums Hessen und auf der Reichsebene im Berliner Parlament. Über seine Tätigkeit sind wir vor allem aus den Berichten der zeitgenössischen Presse informiert, manchmal auch durch Flugblätter des liberalen Wahlvereins in Hessen. Sehr viel seltener besitzen wir Büchners direktes Wort, auch die parlamentarischen Quellen sind rar, denn Büchner trat lediglich mit wenigen, zumeist knappen Redebeiträgen hervor. Es herrscht also das über ihn Gesagte und Wiedergegebene vor, der Konjunktiv – und manchmal auch nur die Kritik der gegnerischen Leitartikler. Diese magere und nicht unkomplizierte Quellenlage muss betont werden, zumal auch persönliche Quellen zum politischen Wirken eher rar sind.¹⁴

Während seiner politischen Arbeit auf den verschiedenen Ebenen blieb Büchner im Hauptberuf Unternehmer; während der Sitzungszeiten des Reichstags musste er sich mehrfach abmelden, um seinen wirtschaftlichen Aufgaben

12 Zitat: Frankfurter Zeitung, Nr. 324, 19.11.1876, Morgenblatt, zit. nach Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1), S. 7; für die Zusammensetzung der hessischen Abgeordnetenversammlung vgl. James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1770-1914, München 1983, S. 176, 268.

13 Zu den Vorgängen im einzelnen White, Splintered Party (wie Anm. 3), S. 51-83.

14 Im Stadtarchiv Pfungstadt (Depositum „Wilhelm Büchner“) und im Besitz der Familie Büchner befinden sich wenige persönliche Aufzeichnungen von Wilhelm Büchner. Seine „Familien-Notizen“ im blauen Buch „Zur Erinnerung 1841-1890“ sind ausgewertet in Boehncke/Brunner/Sarkowicz, Die Büchners (wie Anm. 2), die zeitgenössische lokale Berichterstattung über Veranstaltungen mit Büchner ist ausführlich zitiert in Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1).

in Pfungstadt nachzugehen.¹⁵ Dies war in der liberalen Bewegung nicht ungewöhnlich: In einer Zeit der Honoratiorenpolitik prägten noch nicht Parteiapparate, Parteitage und Programme das politische Geschehen. Parteien waren zunächst noch eher locker gefügte Gesinnungsgemeinschaften, bei denen die Zuordnung einzelner Abgeordneter auch wechseln konnte.¹⁶ Erst allmählich begann sich im Kaiserreich das persönlichkeitsgebundene Agieren der traditionellen Honoratiorenpolitik mit seiner Bevorzugung individueller Autonomie – lockere Bindung untereinander, wenig differenziert ausgebauter Parteiapparat, geringe Machtorientierung¹⁷ – zu wandeln. Es wurde durch ein intensives Streben nach Positionen auf dem politischen Markt und der Teilnahme an der Machtkonkurrenz abgelöst.

Den Hintergrund dieses Wandels bildeten die Veränderungen auf nationaler Ebene. Unter den Bedingungen des allgemeinen gleichen und weitgehend geheimen Männerwahlrechts waren die Liberalen nach 1867 in eine strukturell neue Situation geraten, die mit der erzwungenen vielfachen Konkurrenz der Parteien, der Wahlkämpfe und der politisierten Öffentlichkeit auch substantielle Änderungen in den Formen der politischen Aktion verlangte. Diese Professionalisierung wurde gerade in der Deutschen Fortschrittspartei unter Eugen Richter sehr intensiv vorangetrieben: In den 1870er Jahren etablierte er einen Rednerdienst, lenkte Publikationen und Flugschriften von der Zentrale aus und erhöhte deren Zahl um ein Vielfaches; zudem führte er eine inner- wie außerhalb der Partei umstrittene Diätenzahlung für Abgeordnete ein, was deren Abhängigkeit vom Berliner Parteiapparat noch beförderte.¹⁸ Nicht zuletzt versuchte er, personell wie inhaltlich das Geschehen in den Ländern von der preußischen Parteizentrale aus zu bestimmen.

Praktisch erprobt wurden diese Mittel bei den in Hessen auftretenden Auseinandersetzungen über den Kurs der gesamtliberalen Partei; Richter nutzte die Konflikte in der (alten) Hessischen Fortschrittspartei, indem er die Kandidatur Büchners förderte – mit Erfolg: Von 1877 bis 1884 vertrat dieser den Wahlkreis Darmstadt Groß-Gerau im Reichstag.¹⁹ Zur Wahl 1884 trat Büchner nicht mehr an; der Wahlkreis fiel wieder an die Nationalliberalen zurück, die

15 Im Einzelnen genannt bei Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1).

16 Zusammenfassend dazu Kieseritzky, Liberalismus (wie Anm. 5), S. 145-158; immer noch grundlegend Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

17 Zum Begriff der „Honoratiorenpolitik“ Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. 5. rev. Aufl. Tübingen 1976, S. 170 f.

18 Ursula Steinbrecher: Liberale Parteiorganisation unter besonderer Berücksichtigung des Linkliberalismus. 1871-1893, Diss. Köln 1960.

19 1898 siegte die SPD, danach wechselte der Wahlkreis zwischen SPD und Nationalliberalen. Thomas Klein: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867-1933 Bd.3: Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867-1933, Marburg 1995, S. 163-195 u. S. 1357; Fritz Specht: Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1897, Berlin 1898, S. 324.

ihn bis 1898 verteidigten. Welche weiteren politischen Funktionen übte Büchner aus? Auf regionaler Ebene wurde er in den Darmstädter Landtag 1849 und 1850 für Zwingenberg gewählt, was aber wegen der Auflösung der Landtage faktisch jeweils nur wenige Monate währte. 1862 zog Büchner erneut in den Landtag ein und vertrat bis 1866 den Wahlkreis Waldmichelbach (Odenwald). Bei den Wahlen zum Zollparlament im März 1868 scheiterte seine Kandidatur in Bensheim-Erbach; getragen vom liberalen Aufschwung gelang ihm dann die Wahl 1872 in Gernsheim, ein Mandat, das er nun kontinuierlich bis 1881 im Landtag des Großherzogtums innehatte.²⁰

Büchner gehört zu einer Generation liberaler Politiker, deren Lebensspanne fast das ganze 19. Jahrhundert umfasste. Zäsuren wie die Revolution 1848/49, die Einigungskriege 1866 und 1871 prägten diese Generation, zu der auch Rudolf Virchow und der fast gleichaltrige Theodor Mommsen gehörten, und beeinflussten auch die Reaktionen auf den radikalen Politikwechsel 1878/79. Anders als Mommsen, der die Bewegung von 1848/49 aus nächster Nähe miterlebt und journalistisch begleitet hatte, war Büchner allerdings kein „48er“, obwohl er mit demokratischen Ansichten durchaus sympathisiert und seine politisch radikaleren Brüder Ludwig und Alexander bei der Flucht unterstützt hatte.²¹ Jedoch war Wilhelm 1848 bereits mehr als sieben Jahre unternehmerisch eigenverantwortlich tätig gewesen: zuerst in der Darmstädter Zündholzfabrik, 1841 in einer Fabrik für Schellack und Firnisse, 1842 dann in der eigenen „Chemischen Fabrik für künstlichen Farbstoff, Farb- und Bleichmittel“. 1845 erwarb er – dank der Mitgift seiner Frau – eine stillgelegte Zuckerfabrik in Pfungstadt und begann mit der Herstellung des Ultramarins. Nun besaß er einen aufstrebenden Betrieb in einer zukunftsorientierten Branche. Die Neigung zur Revolution dürfte dies nicht gestärkt haben.

Auch die familiäre Lage sprach im „tollen“ Jahr²² gegen eine aktive Beteiligung: Anfang 1848 wurde eine Tochter geboren, die Ende des Jahres verstarb, zudem zog die Familie von Darmstadt nach Pfungstadt um und richtete sich neu ein. Büchner – so lässt sich der Befund zusammenfassen – war kein zentraler Akteur in dieser Zeit. Doch beteiligte auch er sich politisch zumindest im liberalbürgerlichen Rahmen: Im Frühjahr 1848 ließ er sich als Wahlmann für die Wahl zur Nationalversammlung aufstellen, anlässlich der Verabschiedung der Grundrechte organisierte er im Januar 1849 Veranstaltungen zur Un-

20 Hans Georg Ruppel/Birgit Groß (Bearb.): Hessische Abgeordnete 1829-1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen, Darmstadt 1980, S. 77.

21 Dazu genauer Matthias Gröbel: Die Geschwister Georg Büchners in der Revolution 1848/49. In: Georg Büchner Jahrbuch 12 (2009-2012), S. 371-406.

22 Die familiären Verwicklungen in das revolutionäre Geschehen hat anschaulich Wilhelms Bruder beschrieben – Alexander Büchner: Das „tolle“ Jahr. Vor, während und nach. Von einem, der nicht mehr toll ist. Erinnerungen, Gießen 1900.

terstützung der Nationalversammlung.²³ Anfang 1850 beantragte er zusammen mit einigen Fraktionskollegen die Amnestie für alle politischen Vergehen der Jahre 1848/49, um die Freilassung der außerhalb des Großherzogtums inhaftierten hessischen Teilnehmer der Reichsverfassungskämpfe vom Frühsommer 1849 zu bewirken: „Auch in unserem Lande hat sich jene traurige, für immer entschwunden geglaubte Zeit erneuert, da unzählige Familien ihre Angehörigen als Verbannte oder Eingekerkerte beweinen.“²⁴ Weitere Anträge in dieser Zeit bezogen sich auf die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung, die freie Wahl der Ortsbürgermeister und die Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen.²⁵

Größere politische Bedeutung erlangte 1866 seine Stellungnahme gegen die von der großherzoglichen Regierung Dalwigk beantragten Kredite zur Mobilisierung im Bundesfeldzug gegen Preußen. Büchner stimmte zusammen mit der Kammermehrheit gegen die Regierung, distanzierte sich aber zugleich vom preußischen Vorgehen: Er sei „Föderativ-Republikaner“; die „Föderation und ihre Spitze“, an der – so Büchner – „ein jeder ehrliche Mann stehen könne“, müsse „im Volk basieren“, müsse das „Werk“ des Volkes sein, nicht das einer Abmachung zwischen den abgewirtschafteten, „impotenten“ Dynastien und ihren Regierungen.²⁶ Mit dem Begriff „Volk“ zitierte er noch das vormärzliche Selbstverständnis der Liberalen als Vertreter des Allgemeinwohls im Widerstand gegen Ancien Régime und Adel.

Büchner bekannte sich zeitlebens politisch zum fortschrittlichen oder freisinnigen Liberalismus und sympathisierte nicht – anders als sein Bruder Ludwig – mit der Süddeutschen Volkspartei. Bemerkenswert ist deshalb seine Reaktion auf geplante Ordensverleihungen: Als der von den Liberalen wenig geschätzte Ministerpräsident Freiherr von Dalwigk ihn 1868 mit dem Ritterkreuz des Ludwigsordens auszeichnen wollte, lehnte Büchner ab. Seine politische Anschauung, so formuliert er in seiner Absage, „wonach ich das Wohl des Staates nur in der Anwendung demokratischer Grundsätze zu finden glaube“, mache ihm die Annahme unmöglich.²⁷ In seinen autobiographischen Aufzeichnungen vermerkt er lapidar – und doch nicht ohne Stolz: „Orden erhalten und ihn prinzipiell abgelehnt.“ So prinzipiell war dies sechs Jahre später dann nicht mehr: 1874 nahm er das von der großherzoglichen Regierung verliehene Ritterkreuz des Philippsordens an und warb auf seinen Geschäftsformularen künftig mit beiden Orden. Entscheidend für den inzwischen wohlwollenden

23 Gröbel: Geschwister (wie Anm. 21), S. 403ff.

24 Amnestiegesuch vom 5.1.1850, zit. nach Franz, Fabrikant (wie Anm. 2), S. 377.

25 Ebd., S. 377 f.

26 Rede vom 13.6.1866, zit. nach Franz, Fabrikant, (wie Anm. 2), S. 378; die Rede ist abgedruckt bei Manfred W. Köhler/Christof Dipper (Hrsg. u. Bearb.): *Einheit vor Freiheit. Die hessischen Landtage in der Zeit der Reichseinigung 1862-1875*, Darmstadt 2010, S. 490-494.

27 Entwurf des Absageschreibens, zit. nach Boehncke/Brunner/Sarkowicz, *Die Büchners* (wie Anm. 2), S. 52. Danach auch das Folgende.

Umgang mit staatlichen Ehrerweisen wird sicherlich der Aufstieg der hessischen Liberalen zur gouvernementalen Partei gewesen sein, nachdem seit 1872 der eher liberale Karl Hofmann die Regierungsgeschäfte im Großherzogtum führte.

Möglicherweise spielten bei der veränderten Haltung aber auch geschäftliche Gründe eine Rolle: Büchners Firma war inzwischen international tätig, das Gewerbeverzeichnis der Stadt weist ihn Anfang der 1860er Jahre mit über 40 Beschäftigten als einen der wichtigsten Arbeitgeber aus; Mitte der 1870er Jahre waren es bereits mehr als 100 Mitarbeiter.²⁸ Die starke wirtschaftliche Stellung in Pfungstadt gab Büchner den Rückhalt für sein kommunalpolitisches Engagement. Dabei verzeichnen seine Biographen hier ausschließlich Aktivitäten, wie sie für einen liberalen, ortsansässigen Unternehmer charakteristisch sind: Er war Mitglied im Gewerbeverein, im Schulvorstand und im Vorschuss- und Kreditverein; 1868 initiierte er eine Kleinkinderschule (Kindergarten) und 1875 eine „Höhere Bürgerschule für Knaben und Mädchen“. Zudem verhinderte er 1877 die Einführung von Schulgeld in der Volksschule. In stärkerem Umfang setzte er sich für den Anschluss Pfungstadts an die Eisenbahn ein. Nach zahlreichen Eingaben bei der Regierung wurde diese „Secundärbahn“ nach Eberstadt schließlich 1886 eingeweiht – der technische Fortschritt kam nicht zuletzt seiner Ultramarinfabrik zugute, deren Leitung er allerdings schon 1882 an seinen Sohn Ernst abgegeben hatte.

III.

In der Reichstagswahl 1877 trat Büchner als Kandidat des neuen linksliberalen Wahlkomitees an. In der Stichwahl besiegte er den nationalliberalen Kandidaten Hermann Welcker dank der Unterstützung sozialdemokratischer Wähler, obwohl deren Parteiführung eine Empfehlung zugunsten des Liberalen noch abgelehnt hatte.²⁹ 1878 wurde Büchner wiedergewählt, ebenso 1881, bei einer Wahl, die dem Linksliberalismus im Reich wie im Großherzogtum einen erdrutschartigen Erfolg bescherte. Das Plebiszit über die protektionistische Politik Bismarcks begünstigte die oppositionellen Liberalen, zumal in vielen hessischen Wahlkreisen (weniger in Büchners Bezirk) die Sorge vor dem geplanten staatlichen Tabakmonopol den Ausschlag gegeben haben dürfte.

28 Zahlen nach Armin Hildebrandt: Industrialisierung in Pfungstadt – von der Gründung der Krapp-Manufaktur bis zum modernen Industriebetrieb (1767-1945). In: J. Friedrich Battenberg (Hrsg.): Pfungstadt. Vom fränkischen Mühlendorf zur modernen Stadt, Pfungstadt 1985, S. 219-260, hier S. 233 f. Das „Verzeichniß der Gewerbetreibenden mit Angabe ihrer sämtlichen Gewerbe und der dabei verwendeten Gehülften“ von 1859 bis 1864 ist abgedruckt ebd., S. 245-252.

29 White, Splintered Party (wie Anm. 3), S. 76-78; Köhler, Fortschritt (wie Anm. 1), S. 15-21.

Auch wenn Büchner selbst Honoratiorenpolitik betrieb, also während seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter im Hauptberuf Unternehmer blieb, wurde sein Wahlkreis professionell organisiert. Hierbei spielte sein Bruder Ludwig eine entscheidende Rolle. Als Ortsvorsitzender des neu gegründeten Lokalkomitees der Fortschrittspartei in Darmstadt agierte er gleichsam als Wahlkampfmanager und Parteiorganisator für Wilhelm.³⁰ Ludwig, der sich als Demokrat verstand und zeitweilig sogar mit der Sozialdemokratie liebäugelte, wollte mit der neuen Ausrichtung der Fortschrittspartei „der großen Masse der freisinnigen Bestrebungen, welche sich in der weiten Lücke zwischen Sozialdemokratie und Nationalliberalismus finden, freien Spielraum [...] gewähren“ – wählbar für Bürger wie Arbeiter.³¹ Folgerichtig überlegten die Parteistrategen – mit Zustimmung auch von Wilhelm Büchner –, die neue Fortschrittspartei nun „Nationaldemokratische Partei“ zu nennen, um den beiden Hauptzielen, der inneren Einheit der Nation und der Parlamentarisierung, mehr Gewicht zu verleihen.³² Dies war nicht von Erfolg gekrönt, weil es sowohl auf den Widerstand der Deutschen Fortschrittspartei, insbesondere bei Eugen Richter, stieß, als auch bei der Basis der hessischen Liberalen, die eine derart demonstrative Zuwendung zum von Preußen dominierten Nationalstaat und die Abkehr von der ursprünglichen Gemeinsamkeit aller Liberalen skeptisch werteten.

In den Kommissionen und Führungsgremien der Fortschrittspartei auf Reichsebene wirkte Büchner meist dann mit, wenn es um die Berücksichtigung der hessischen Liberalen ging. So gehörte er beispielsweise 1877 zu den zehn Kommissionsmitgliedern für die Überarbeitung des alten Parteiprogramms, 1878 zu den Autoren des Wahlaufrufs für die Reichstagswahl und 1884 zu den Mitgestaltern des Fusions-Parteitags zur Gründung der Deutschen Freisinnigen Partei. Auf hessischer Ebene war er 1877 entscheidend am ersten reformorientierten Programmentwurf beteiligt, mit dem die neue Fortschrittspartei in die Öffentlichkeit treten wollte. Zentrale Forderungen des Entwurfs waren etwa die Ministerverantwortlichkeit und die Ausdehnung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf die Länder.³³

Dass Wilhelm Büchner stärker am Geschehen in der liberalen Bewegung beteiligt war, als es seine seltenen Redebeiträge oder Kommissionsarbeiten in den Parlamenten nahelegen, wird durch seine Mitwirkung in den informellen Kreisen der Politik, den gesellschaftlichen und politischen Orten der Diskus-

30 Matthias Gröbel: Ludwig Büchner – Ein Heilssucher im Industriezeitalter. In: ders. u.a. (Hrsg.), *Fortschritt* (wie Anm. 2), S. 232-411, hier S. 361-364.

31 Ludwig Büchner in der *Darmstädter Zeitung*, Nr. 98, 10.4.1877, zit. nach ebd., S. 362.

32 Antrag auf dem ersten „Provinzial-Parteitag der deutschen Fortschrittspartei für Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen“ am 28.4.1878, *Frankfurter Journal*, Nr. 119, 30.4.1878, Erste Beilage, zit. nach ebd., S. 363.

33 Köhler, *Fortschritt* (wie Anm. 1), S. 26-30, 62.

sion und des Austausches belegt. Salons und kleinere Zirkel fungierten als Ideenlaboratorien. So nahm Büchner zeitweilig an der liberalen Runde um Ludwig Bamberger, Theodor Barth, Heinrich Rickert, Karl Schrader u.a. im Berliner „Sezessionshaus“ teil, in dem während der parlamentarischen Session viele auswärtige Reichstagsabgeordnete vor allem der Linksliberalen zusammentrafen.³⁴ Der Name geht auf diejenigen Abgeordneten zurück, die sich nach der innenpolitischen Wende 1878/79 von der Nationalliberalen Partei lösten und 1884 mit der Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei fusionierten.³⁵ Nach Aufgabe des „Sezessionshauses“ durch die Liberalen zog zur Jahrhundertwende die Gesandtschaft des Großherzogtums Hessen in das Gebäude ein.

Innerhalb der Reichstagsfraktion befasste sich Büchner fast ausschließlich mit Themen, bei denen er aufgrund seiner unternehmerischen Tätigkeit und als Betreiber eines chemischen Betriebs eigene Erfahrungen besaß – mit Fragen der Gewerbeordnung und Zollpolitik sowie der Unfallverhütung und des Arbeitsschutzes. Die Diskussion darüber war generell recht neu: Arbeitsbedingte Erkrankungen waren lange eher als unumgängliche Begleiterscheinungen des Gewerbebetriebs eingeschätzt worden. Besondere Gefährdungen galten in den Heimindustrien der Tabakverarbeitung und Zündholzproduktion, die auch in Büchners eigener Lebenswelt in Pfungstadt eine beträchtliche wirtschaftliche Rolle spielte. Die Arbeit in diesen Branchen führte nicht selten zur Invalidität bzw. zum Tod, etwa durch Phosphornekrose oder Arsenvergiftung; betroffen waren besonders die in der Heimindustrie beschäftigten Frauen und Kinder.³⁶

Angesichts dieser Situation kam den Arbeitsbedingungen in den Fabriken und der Modernisierung der Produktionsverfahren eine wesentliche Rolle zu. In der 1878 im Reichstag geführten Debatte über das Fabrikinspektorat konstatierte Büchner grundsätzlich die Notwendigkeit der staatlichen Inspektion zum Schutz der Arbeiter. Seine Haupteinwände bezogen sich auf die nächtliche Überprüfung der Fabriken und die mitunter mangelnde fachliche Kompetenz der Inspektoren. Seine Forderung, dass bei der Auswahl der Fabrikinspektoren auf deren „Fähigkeit Rücksicht genommen“ werden müsse und nicht branchenfremde Gemeindebeamte oder ehemalige Militärangehörige diese Arbeit

34 Dazu Wolther von Kieseritzky: Liberales Netzwerk für soziales Engagement. Bausteine zu einer Biographie des freisinnigen Politikers und Sozialreformers Karl Schrader In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 109 (2013), S. 234-248.

35 Die Nationalliberalen seien „von Kompromiß zu Kompromiß gesunken“, fasste Ludwig Bamberger die – in seiner Sicht – opportunistische Haltung seiner ehemaligen Fraktionskollegen zusammen. Ludwig Bamberger: Die Sezession In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 5, Berlin 1897, S. 39-134, hier S. 111.

36 Zusammenfassend mit weiteren Literaturhinweisen Kieseritzky, Liberalismus (wie Anm. 5), S. 74-77.

übernahmen, wurde später aufgegriffen.³⁷ Als Unternehmer in der risikobehafteten Farbenindustrie gehörte Büchner selbst zu den Betroffenen derartiger Bestimmungen. Zwar hatte er weniger Probleme mit Kinderarbeit, die es in seinem Betrieb kaum gab, aber umso mehr mit Krankheitsgefahren für die Beschäftigten aufgrund der verwendeten Chemikalien. Hinzu kamen noch die von der Fabrik ausgehenden Umweltgefahren: Schon 1858 erhob etwa ein Nachbar in Pfungstadt, der Tabakpflanze und Müllermeister Philipp Engel, Klage gegen die Ultramarinherstellung. Vor dem Bürgermeister gab Engel zu Protokoll: „Mein Taback auf meinem Viertelacker wurde so ruiniert, dass ich bei dem später erfolgten Verkauf 1/3 Teil weniger dafür löbte, was einzig und allein diesen Dünsten pp. zuzuschreiben ist. [...] Nicht einmal meine Wäsche kann ich in meiner Behausung trocknen [...]“.“³⁸

Am engagiertesten beteiligte sich Büchner im Reichstag an der Diskussion über die Einführung von Importzöllen.³⁹ Übereinstimmend mit dem linksliberalen Argumentationsmuster betonte Büchner, dass Schutzzölle nicht Arbeitsplätze sichern oder verbessern würden, sondern, im Gegenteil, das Fortdauern veralteter Produktionsmethoden und schlechter Arbeitsbedingungen zur Folge hätten. Ganz ähnlich votierte er in der 1884 im Parlament intensiv behandelten Frage der Zündholzproduktion, mit der Büchner sich gut auskannte: 1840 hatte er seine unternehmerische Tätigkeit in der Linckschen Bleiweißfabrik mit der Produktion von Zündhölzern begonnen. Die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Einfuhrzölle auf schwedische (Sicherheits-)Zündhölzer lehnten die Linksliberalen ab, weil damit nur die veraltete Produktion von Weißphosphorzündhölzern geschützt würde. Sein Wahlbezirk Darmstadt sei, so Büchner, die „Pflanzschule für die ganze Industrie der Weißphosphorzündhölzer“ gewesen. „Es ist kaum eine Industrie denkbar, die in wirtschaftlicher Richtung von so großer Bedeutung war, die aber zugleich wieder bezüglich der Arbeiter so kolossale Nachteile mit sich geführt hat, wie gerade diese Industrie.“ Statt durch innovative Verfahren die Situation zu verbessern, habe sich die deutsche Industrie aber „auf die geistig faule Haut gelegt, sie hat sich nicht bestrebt, das zu erreichen, was später die Schweden erreicht haben, und heute noch befinden wir uns auf demselben Stande [...]“.“ Es sei deshalb aberwitzig, nun gerade auf die schwedische Produktion Zölle zu erheben. Der alleinige Gesichtspunkt, so Büchner, müsse sein, „daß die Fabrikation mit weißem Phosphor so rasch als möglich unterdrückt werde“.⁴⁰ Auch wenn die Linksliberalen mit dieser Argumentation keinen Erfolg hatten, gab ihnen die langfristige Entwicklung

37 Büchner am 9. Mai 1878, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 48, S. 1183 f.

38 Protokoll des Bürgermeisters vom 8.9.1858, zit. nach Boehncke/Brunner/Sarkowicz, Die Büchners (wie Anm. 2), 43 f.

39 Büchner am 11. Juli 1879, Verhandlungen (wie Anm. 37), Bd. 53, S. 2278 f.

40 Alle Zitate: Büchner am 28.4.1884, Verhandlungen (wie Anm. 37), Bd. 75, S. 359.

recht: Erst als die inländische Produktion von Zündholzern mit weißem Phosphor aufgrund der günstigeren Importe aus Schweden unrentabel geworden war, wurde die Produktion schließlich gänzlich verboten.

Die Frage des – durch Wettbewerb geförderten – Fortschritts in den Produktionsbedingungen prägte auch Büchners weitere Stellungnahmen im Reichstag. Die deutsche Industrie kranke nicht am unzureichenden Schutzzoll, so sein *ceterum censeo*, sondern an den nicht konkurrenzfähigen, rückständigen Bearbeitungs- und Produktionsverfahren.⁴¹ Dabei erging es Büchner mit seinem eigenen Farbenbetrieb nicht viel anders: 1891 feierte sein Unternehmen, dessen Betriebsführung er bereits 1882 an seinen Sohn abgegeben hatte, das 50. Jahr seines Bestehens, wenige Jahre später wurde der Betrieb geschlossen – die Konzentrationsprozesse in der Branche ließen die Weiterführung nicht aussichtsreich erscheinen.⁴²

IV.

Die Entschiedenheit, mit der Wilhelm Büchner im Schreiben vom September 1878 für sich und seinen Bruder Georg jedwede Nähe zum Nationalliberalismus zurückgewiesen hatte, täuscht über das unverändert starke Bewusstsein hinweg, das liberale Bürger für die Einigkeit ihrer politischen Bewegung bewahrt hatten. Dies gilt auf regionaler und lokaler Ebene gerade auch in Süddeutschland trotz der Spaltungstendenzen des organisierten Liberalismus im Reich und in Ländern wie Hessen, Württemberg oder Baden. Versuche, diese Einigkeit nicht nur zu beschwören, sondern auch gegen die anderen politischen Gruppen zu organisieren, gab es immer wieder. An einem entscheidenden Projekt dieser Art, der Schaffung einer „liberalen Mittelpartei“, war auch Büchner beteiligt. Der Begriff selbst ging auf die Revolutionszeit zurück; später sollten sich unter dieser Losung fraktions- und parteiübergreifend alle Kräfte sammeln, die weder dem Ancien Régime noch der radikaldemokratischen Richtung zuneigten⁴³ – darunter vor allem die Kräfte des „dritten Deutschland“, wie die von Albert Hänel geführte Schleswig-Holsteinische Liberale Partei und die Hessische Fortschrittspartei. Das wesentlich von Eduard Lasker bis zu seinem Tod 1884 vorangetriebene Vorhaben zielte neben der weiteren Kräftigung der liberalen Bewegung – getragen vom Aufschwung des

41 Siehe die Stellungnahmen zum Gesetzentwurf betr. „Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln“ sowie der Diskussion über die Erhöhung des Einfuhrzolls auf kalzinierte Soda, 1.4.1879, Verhandlungen (wie Anm. 37), Bd. 48, S. 772, und 11.7.1879, Bd. 49, S. 2278.

42 Büchner, Familie Büchner (wie Anm. 2), S. 27-43.

43 Klaus von Beyme: Partei, Faktion. In: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677-733, hier S. 717.

linksliberalen Wahlsiegs von 1881 – auch auf die Einhegung der preußischen Dominanz in der Fortschrittspartei unter Eugen Richter. Auf einem Parteitag der thüringischen Liberalen in Gotha wurde 1882 eine „Verständigungsformel“ ausgearbeitet, die als verbindendes Element eine – zu Bismarcks Staatspolitik – alternative Form der liberalen Sozialpolitik mit Vorschlägen zur Absicherung der industriellen Arbeiter gegen Unfälle (Reichshaftpflichtversicherung), zur Gewerbeordnung und zum Arbeitsrecht enthielt.⁴⁴

Büchner war auf dem Gothaer Parteitag nicht dabei, schloss sich den Vereinbarungen aber ausdrücklich an und stimmte in der Reichstagsfraktion für das Vorhaben.⁴⁵ In der Fortschrittspartei war der politische Kompromiss aber umstritten und wurde schließlich abgelehnt: Die kleine demokratische Linke etwa meldete Protest an, weil die Frage der Parlamentarisierung des Reichs weitgehend ausgeklammert geblieben war, Eugen Richter fürchtete Auswirkungen auf seine Parteiführung, und die Fraktion wiederum befürchtete mehrheitlich eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis in die Wahlkreise und an die Parteibasis.⁴⁶ Mit der Abstimmungsniederlage in der Reichstagsfraktion wurde, so Lothar Gall, eine „mögliche Sternstunde des deutschen Liberalismus versäumt“.⁴⁷ Fortan drifteten „entschiedener“ und Nationalliberalismus dauerhaft auseinander.

V.

Im Grundsatz war Büchner der Überzeugung – hierin ganz freisinniger Liberaler –, dass Fortschritt am ehesten und nachhaltigsten durch freiheitliche Entwicklung erreicht werde. Gewerblicher Fortschritt helfe, auch die sozialen Fragen zu lösen. „Fortschritt“ wurde verstanden als Aufgabe, Stadt und Gesellschaft umfassend zu modernisieren: Dies betraf die Infrastruktur wie Verkehr, Technik und Verwaltung ebenso wie die Bereiche Bildung und Schule – entsprechend dem Credo, die Menschen zum selbständigen Leben in Eigenverantwortung zu befähigen. Mit dem allgemeinen Kulturfortschritt werde, so erwartete optimistisch einer der populärsten Linksliberalen, Rudolf Virchow, die Gleichberechtigung der Schichten gefördert: „Der Unterschied der Stände wird mit jedem Tag geringer. Jede neue Einrichtung, die Wasserleitung, die

44 Erhard Würfel: Liberalismus in den thüringischen Staaten im Kaiserreich. In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Liberalismus und Region*, München 1995, S. 217-252, hier S. 233 f.; zur Mittelpartei Kieseritzky, *Liberalismus* (wie Anm. 5), S. 244-252.

45 *Tribüne*, Nr. 607/2, 3.12.1882.

46 Schon im Frühjahr 1882 wurde vermutet, dass Richter das Vorhaben grundsätzlich hinterreiben werde (Schreiben von Karl Baumbach an Eduard Lasker, 14.4.1882, Bundesarchiv Berlin, Nachlass Lasker, 90 La 6, Nr. 16).

47 Gall, *Bismarck* (wie Anm. 9), S. 645. Dagegen hatte die Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus der Vereinbarung zugestimmt.

Kanalisation, die Beleuchtung, falls sie allgemein wird, bringt etwas Demokratisches in die Verhältnisse.“⁴⁸ Sich persönlich zu engagieren, einen Teil der eigenen Ressourcen für die Gemeinschaft aufzuwenden, gehörte zum bürgerlich-liberalen Wertekanon.

Dass auch Büchner sich diesem Prinzip verpflichtet fühlte, lässt sich an seinem kommunalen Engagement erkennen, aber auch an der Führung seines Betriebs. 1870 erfolgte die Einrichtung eines Pensionsfonds als Invaliden-Unterstützungskasse, die später als Betriebskrankenkasse mit Zuschüssen des Arbeitgebers weitergeführt wurde; die Arbeiter wurden, wenn auch in geringem Umfang, am Gewinn des Unternehmens beteiligt. Büchner war Mitglied im „Verein zur Förderung des Wohles der Arbeiter ‚Concordia‘ 1878/79“, einer sozialpolitischen Arbeitgebervereinigung, die der nationalliberale hessische Reichstagsabgeordnete und Chemiefabrikant Fritz Kalle gegründet hatte. Diese Vereinigung verfolgte einen parteiübergreifenden sozialharmonischen Ansatz, der dem für unwirksam erachteten Sozialistengesetz eine „positive reformerische Tätigkeit“ auf „friedlichem Weg“ entgegensetzen sollte. Als Aufgabe nahm man sich vor, „die sittliche und materielle Hebung des Arbeiterstandes nach Kräften zu befördern und allen hierauf gerichteten Bestrebungen als Mittel- und Stützpunkt zu dienen.“⁴⁹

Die Regularien in Büchners Fabrik entsprachen – der Fabrikordnung zufolge – einer üblichen Verbots- und Gebotslage.⁵⁰ Konflikte mit seinen Arbeitern, Streiks, Auseinandersetzungen um die Lohnzahlung oder politische Einflussnahme – etwa das Verbot sozialdemokratischer Agitation – sind aus seiner Unternehmensführung nicht überliefert. Doch wird auch dieser Betrieb mit widerständigem Verhalten und „Eigensinn“ (A. Lüdtkke) seitens der Arbeiter konfrontiert worden sein. Darauf deutet zumindest ein Rundschreiben von 1875, in dem Büchner den Arbeitern mitteilte, „dass für die Folge unachtsamlich Strafen gegen alle Diejenigen verhängt werden, welche zu spät kommen oder zu frühe sich fertig machen. Zehn Minuten vor dem Weggehen ist zeitig genug, sich zu reinigen. Faullenzereien und nicht genügende Leistung im Quantum der Arbeit wird gleichfalls bestraft“.⁵¹ Sicherlich führte er keinen Musterbetrieb liberaler Sozialpolitik mit Mitbestimmung der Arbeiter und

48 Rudolf Virchow: Vortrag zum 25-jährigen Bestehen des Berliner Handwerker-Vereins 1884, Berlin 1884, S. 7.

49 Konstituierende Versammlung am 25. Mai 1879, zit. nach Karl-Heinz Gorges: Der christlich geführte Industriebetrieb im 19. Jahrhundert und das Modell Villeroy & Boch, Stuttgart 1989, S. 29.

50 Eine Fabrikordnung des Ultramarin-Betriebes von 1887 ist abgedruckt in Hildebrandt, Industrialisierung (wie Anm. 28), S. 237.

51 Rundschreiben vom 1.11.1875 „An die Arbeiter und Beamten der Ultramarin-Fabrik“, zit. nach Boehncke/Brunner/Sarkowicz, Die Büchners (wie Anm. 2), S. 45. Zur Fabrikordnung vgl. Gerhard A. Ritter/Klaus Tefelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, Bonn 1992, S. 397-406; zum „Eigensinn“ Alf Lüdtkke: Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende, in: Gerhard Huck (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1980, S. 95-122.

Acht-Stunden-Tag, wie etwa seine Berliner Partei- und Unternehmenskollegen Heinrich Freese (Jalousien-Fabrik) oder Ludwig Löwe (Maschinenbau und Waffenfabrik),⁵² die allerdings auch eine Ausnahme im Linksliberalismus blieben.

Insgesamt lag Büchners Engagement in der betrieblichen Sozialpolitik wohl auf einer „mittleren Linie“ zwischen Paternalismus, wie er bei konservativen und teilweise auch nationalliberalen Unternehmern nicht selten anzutreffen war, und arbeitsrechtlicher Betriebsverfassung, wie sie einige linksliberale Unternehmer pflegten. Gemeinsam war letzteren – so unterschiedlich die betriebliche Praxis auch sein mochte –, dass Selbständigkeit, Staatsferne und Privatwirtschaft die *conditio sine qua non* jeder Sozialpolitik zu bilden hatte. Alles andere sei lediglich „scheinbare Sozialreform“, so Theodor Barth. „Wirkliche Sozialreform“ bestehe in der Anwendung freiheitlicher Mittel: Arbeitervereinigungen, Koalitionsfreiheit, Bildung von Genossenschaften und Konsumvereinen, Kranken- und Unterstützungskassen, Sparkassen, Bibliotheken, Schulen etc.⁵³

Wilhelm Büchner – so lässt sich zusammenfassen – verkörperte einen Typus des linksliberalen Honoratiorenpolitikers, der sich, entsprechend dem „bürgerlichen Werthimmel“,⁵⁴ noch als Vertreter des „Allgemeinwohls“ empfand, was zugleich den Interessen des bürgerlichen Mittelstandes entsprach. Diesen Anspruch – und die Enttäuschung, schließlich nur als „Partei“, als Interessenvertreter, wahrgenommen zu werden – hatte sein Altersgenosse, Theodor Mommsen, am Ende des Jahrhunderts in die berühmte Formel gefasst, er hätte gewünscht, „ein Bürger zu sein“, was aber in dieser Nation nicht möglich gewesen wäre.⁵⁵ Als zeitweilig sehr erfolgreicher liberaler Unternehmer war Büchner dieses resignative Selbstverständnis fremd. Erst die Erkenntnis, die innere freiheitliche Entwicklung des Reichs bedroht zu finden, brachte ihn Ende der 1870er Jahre in die grundsätzliche Opposition, aus der ein neu formierter Liberalismus in Hessen und die Umkehr in der nationalen Politik Abhilfe schaffen sollten: „Deshalb fort mit der Reactionspolitik, fort mit dem inneren Bismarck, bei aller Anerkennung seiner Leistungen in der äußeren Politik.“⁵⁶

52 Zu den Erfahrungen mit der Mitbestimmung in seinem Betrieb vgl. Heinrich Freese: Zehn Jahre in einem Arbeiterparlament. In: Preußische Jahrbücher 80 (1895), S. 110-125.

53 Theodor Barth: Scheinbare und wirkliche Socialreform. Vortrag gehalten in der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft am 28. Januar 1888, Berlin 1888. Die Ideen wurden von Barth bereits 1883 formuliert, vgl. Die Nation, 10 v. 8.12.1883.

54 Manfred Hettling/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): Der bürgerliche Werthimmel, Göttingen 2000.

55 Vgl. Lothar Gall: „...ich wünschte ein Bürger zu sein“. Zum Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 601-623, hier S. 601.

56 Rede Wilhelm Büchners am 10.7.1881 (wie Anm. 1).